



Helvetische Bank

Die Bank für Unternehmer

Seefeldstrasse 215, 8008 Zürich  
Tel. 044 204 56 00  
www.helvetischebank.ch



# Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND  
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

<b>Eidgenössische Politik</b> Grenzschutz-Initiative: Stand der Sammelziele von SVP des Kantons Zürich Seite 2	<b>Kanton Zürich</b> Wohlverdienten Ruhe- stand in Zürich sichern von Patrick Walder Seite 3	<b>Aktuell</b> Kommt der Zeitgeist ausser Mode? von Reinhard Wegelin Seite 5	<b>Parlamentsgemeinden</b> Ein Ja zu genügend be- zahlbaren Pflegeplätzen von Charlotte M. Baer Seite 6	<b>Veranstaltungs-Tipp</b> Polit-Apéro mit NR Andreas Glarner Seite 4
--	--	--	---	---

AHV-GELDER ZURÜCK IN DIE SCHWEIZ

# Souveränität statt Abhängigkeit von US-Finanzinstitutionen

Die Entscheidung, die Verwaltung des AHV-Ausgleichsfonds an eine US-Bank zu übertragen, stellt einen gravierenden Fehler dar, der die finanzielle Souveränität der Schweiz ernsthaft gefährdet. Die SVP fordert daher, dass die AHV-Gelder umgehend in die Schweiz zurückgeführt und von nationalen Institutionen verwaltet werden. Alle anderen Optionen bergen erhebliche Risiken für die Unabhängigkeit unseres Landes.



Die SVP setzt sich mit Nachdruck für die Wahrung der finanziellen Unabhängigkeit der Schweiz und die Rückführung der AHV-Gelder ein, um die Rentensicherheit unserer Bürger zu gewährleisten und die nationale Souveränität zu wahren.

Bild: Pixabay

Im Dezember 2023 traf die Bundesinstitution Compenswiss die Entscheidung, das Depotbank-Mandat für den AHV-Ausgleichsfonds von der Schweizer UBS auf das US-Kreditinstitut State Street zu übertragen. Dieser Schritt wurde mit technischen Aspekten und vermeintlichen Kostenvorteilen begründet. Doch die langfristigen Risiken und die damit verbundenen Gefahren für die Altersvorsorge der Schweizer Bevöl-

kerung werden bei dieser Entscheidung völlig ausser Acht gelassen.

### Gefährdung der nationalen Sicherheit und der Rentensicherung

Die USA haben in der Vergangenheit ihre wirtschaftliche Macht regelmässig als Druckmittel in geopolitischen Konflikten eingesetzt und damit gezeigt, dass sie ohne Rücksicht auf Verluste ihrer

Partner ihre Finanzmacht zur Durchsetzung politischer Ziele benutzen. Im Falle politischer Spannungen könnte dies auch Auswirkungen auf die Verwaltung des AHV-Fonds haben, denn eine ausländische Bank könnte sich in Krisenzeiten dem politischen Druck der Vereinigten Staaten unterwerfen. Diese Möglichkeit stellt eine ernsthafte Gefahr für die Stabilität der Schweizer Rentenversorgung dar: Sollte es zu geopoliti-

schen Spannungen kommen, könnte die Schweiz von aussen unter Druck kommen und die AHV-Gelder gefährdet werden. Im schlimmsten Fall würde die Schweiz erpressbar und die Rentengelder unserer Bürger einem Risiko von Einfrieren oder Veruntreuung ausgesetzt werden – eine Situation, die unbedingt vermieden werden muss.

### Schweizer Geld gehört in Schweizer Hände

Die AHV ist ein fundamentaler Bestandteil unserer sozialen Sicherheit. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung, dieses Kapital zu schützen und nicht einem ausländischen Finanzinstitut zu überlassen.

Die SVP setzt sich mit Nachdruck für die Wahrung der finanziellen Unabhängigkeit der Schweiz und die Rückführung der AHV-Gelder ein, um die Rentensicherheit unserer Bürger zu gewährleisten und die nationale Souveränität zu wahren. Es bedarf daher der sofortigen Rückkehr der AHV-Gelder in die Schweiz. Der AHV-Fonds muss wieder in die Obhut der Schweiz geholt werden, um gewährleisten zu können, dass er nicht den Risiken ausländischer Finanzinstitutionen ausgesetzt wird.

Weiter ist sicherzustellen, dass die Verwaltung durch Schweizer Banken erfolgt, insbesondere durch die Kantonalbanken oder die Schweizerische Nationalbank. Diese Finanzinstitute verfügen über die notwendige Expertise und sind eng mit den wirtschaftlichen Interessen der Schweiz verbunden. Sie sind somit bestens dafür geeignet und qualifiziert, den AHV-Fonds sicher und stabil zu verwalten.

Der Schritt, die Verwaltung des Fonds an eine ausländische Bank zu übertragen, war nie aus wirtschaftlicher Notwendigkeit geboten. Vielmehr handelt es sich um eine Fehlentscheidung, die die nationale Unabhängigkeit und die Kontrolle über ein so wichtiges Gut wie den AHV-Fonds gefährdet. Solch bedeutende Finanzmittel wie die AHV-Gelder müssen innerhalb der Schweiz verbleiben und dürfen nicht in die Hände ausländischer Banken geraten. Aus diesem Grund sollte ein rechtlicher Rahmen etabliert werden, der die Auslagerung systemrelevanter Gelder an ausländische Banken verbietet.

### Das Zepher nicht aus der Hand geben

Die Zeit zum Handeln ist jetzt. Um die Souveränität der Schweiz zu wahren und künftige Risiken zu vermeiden, müssen die AHV-Gelder umgehend zurückgeführt werden. Nur durch die Rückbesinnung auf eine nationale Verwaltung der Gelder können wir sicherstellen, dass die Schweiz auch in Zukunft die Kontrolle über ihre finanziellen und sozialen Ressourcen behält.

Dies ist von entscheidender Bedeutung, damit die Altersvorsorge der Bevölkerung in stabilen und sicheren Händen bleibt und die Interessen unserer Bürger effektiv vertreten werden.



**Sean Burgess**  
Kommunikation & Redaktor  
Der Zürcher Bote  
SVP Kanton Zürich  
Rickenbach

## STEUERVORLAGE 17: EINLADUNG ZUR PODIUMSDISKUSSION

Ein Anlass der Zürcher Handelskammer mit Regierungsrat Ernst Stocker und UBS-Ökonomin Dr. Katharina Hofer

Wann 10.03.2025, ab 19 Uhr (Türöffnung 18.30 Uhr)  
Wo Glockenhof, Sihlstrasse 31, 8001 Zürich



Weitere Infos und Anmeldung



18. MAI

JA

Allianz für einen starken Standort Zürich





### Mitgegangen, mitgegangen

Nach Ausbruch des Ukrainekriegs haben sich die Emotionen ausgebreitet wie eine ansteckende Krankheit. Zwar ist verständlich, dass die Sympathien der Bevölkerung beim angegriffenen schwächeren Staat lagen. Doch am meisten vom Ukrainefieber geschüttelt wurde unser Bundesrat. Über Nacht liquidierte er die schweizerische Neutralität und machte alles mit, was die morbid-e EU befahl. Die amerikanischen Neuwahlen offenbaren jetzt den ganzen Scherbenhaufen dieser Ukrainepolitik.

Karin Keller-Sutter merkte an der Münchner Sicherheitskonferenz, dass der Wind gedreht hat. Statt das krachende Scheitern der bundesrätlichen Ukrainepolitik einzugestehen, versuchte sie es mit einem netten Kommentar über den US-Aussenminister. Dabei war sie eben noch an der Spitze des irren Irrwegs marschiert. Als Migrationsministerin schuf Keller-Sutter den «Status S» für 44 Millionen Ukrainer. Und behauptete: «Die Menschen möchten so schnell wie möglich zurückkehren.» Wahr ist das Gegenteil: Sie wollen hierbleiben. Die Schweizer bezahlten dafür bislang fünf Milliarden Franken. Der Bundesrat entblödete sich nicht, Wirtschaftssanktionen gegen eine Atommacht zu beschliessen. Er wollte Kriegsgeräte in die Ukraine liefern – im Wissen, dass diese null Auswirkungen haben. Nur um edel, hilfreich und gut dazustehen. Man organisierte auf dem Bürgenstock auf Kosten des Schweizer Volks eine parteiisiche «Friedenkonferenz» unter Ausschluss einer Kriegspartei. Mit dem Ergebnis, dass jetzt statt in Genf im saudischen Riad über Frieden verhandelt wird.

Nun werden Fakten zwischen den Präsidenten Trump und Putin geschaffen. Ganz ohne die Bundesräte Ignazio Cassis, Viola Amherd oder andere Selenskyj-Umarmer zu befragen. Die Schweiz ist mit den Verlierern mitgegangen; und hängt jetzt mit ihnen in den Seilen der Niederlage. Unsere Scharfmacher-Medien und Kalter-Krieg-Rhetoriker schweigen betreten oder liefern einfältige «NZZ»-Kommentare ab. Auf der Bühne unserer Ukrainepolitik haben die Souffleure aus Brüssel leider lauter gesprochen als die bundesrätlichen Darsteller.

### SVP SCHWEIZ: EDITORIAL

## Keine AHV/IV-Renten an die Ukraine auf dem Buckel der Schweizer Steuerzahler!

Die Ukraine-Politik der Schweiz hat uns bislang weit über 5000 Millionen Franken gekostet. Weitere 1500 Millionen sind im Budget bereits fest eingeplant. Das sind 722 Franken pro Schweizer Bürger. Die Folge sind Sparmassnahmen und Budgetkürzungen für Schweizerinnen und Schweizer. Als ob das nicht genug wäre und obwohl noch nicht einmal geklärt ist, wie die 13. AHV-Rente finanziert werden soll, will SP-Sozialministerin Baume-Schneider ein Sozialversicherungsabkommen mit der Ukraine aushandeln.



Lukas Reimann  
Nationalrat SVP  
Wil SG

Geht es nach SP-Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider, dann sollen Schweizer AHV/IV-Renten direkt in die Ukraine überwiesen werden können. Damit würden Ukrainer in ihrer Heimat für immer eine AHV-Mindestrente erhalten.

Und zwar selbst dann, wenn sie nur einmal in der Schweiz etwas Weniges einbezahlt haben oder – noch stossender – wenn die Beiträge von den Schweizer Steuerzahlern finanziert wurden. Das ist absurd und wird unser wichtigstes Sozialwerk über Jahrzehnte finanziell stark belasten.

Die Mindesteinzahlungen für die AHV der Ukrainer mit Status S bezahlen heute die Gemeinden mit unserem Steuergeld. Die Auszahlungen gehen zu Lasten der Schweizer AHV-Bezüger. Derzeit leben rund 65000 Personen mit

Schutzstatus S in der Schweiz, die bei einer Rückkehr in die Ukraine lebenslange Ansprüche an die AHV/IV stellen könnten.

### Millionen Ukrainer könnten sich Schweizer AHV-Rente holen

Heute werden keine AHV-Renten in die Ukraine gezahlt, wenn die Geflüchteten zurückkehren, weil es kein Sozialversicherungsabkommen gibt. Beim Verlassen der Schweiz können Ukrainerinnen und Ukrainer die bezahlten AHV-Beiträge zurückfordern. Hat eine Gemein-

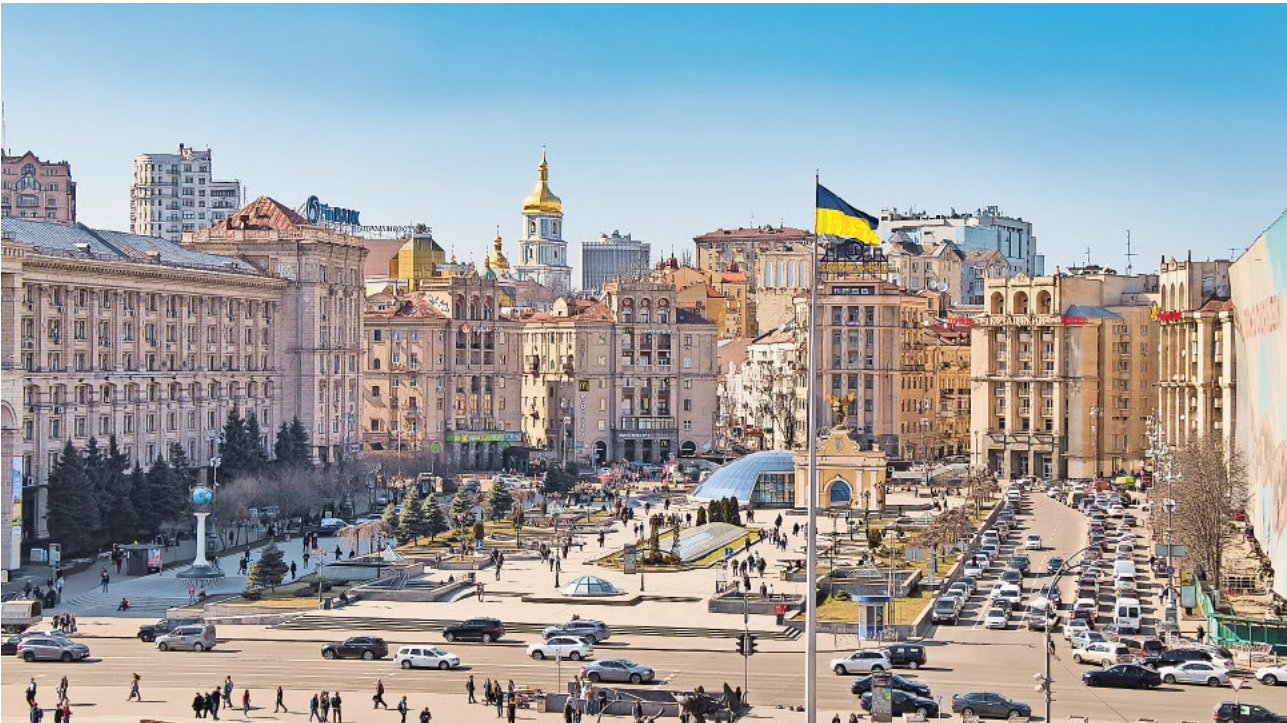
de die Beitragszahlungen übernommen, werden diese nicht zurückbezahlt. Das ist richtig so: Wer gearbeitet hat, kann sich bei einer Rückkehr die selbst geleisteten Beiträge auszahlen lassen. Wer nicht arbeitet – und das trifft auf über 60% aller Personen mit Schutzstatus S zu – der bekommt auch nichts.

SP-Bundesrätin Baume-Schneider behauptet, ein Sozialversicherungsabkommen könne Ukrainer zu einer Rückkehr in ihr Heimatland bewegen. Sie vergisst dabei: Noch immer haben grundsätzlich alle 43 Millionen Ukrainer das Recht, in die Schweiz einzureisen und Schutzstatus S zu beantragen. Die Aussicht auf eine lebenslange Schweizer Rente, von welcher sich in der Ukraine gut leben lässt, dürfte für viele motivierend sein, um erst recht in die Schweiz zu kommen. Direkt aus der Ukraine oder aber aus einem Nachbarstaat, wo kein Sozialversicherungsabkommen mit der Ukraine besteht.

### Schweizer AHV-Rentner müssen Priorität haben!

Die finanziellen Risiken für unsere Sozialwerke sind riesig und lebenslange Rentenzahlungen in die Ukraine sind völlig ungerecht gegenüber allen Schweizerinnen und Schweizern, die ihr ganzes Leben hart gearbeitet und in die AHV einbezahlt haben. Die Priorität der Schweizer Politik muss bei ihnen liegen: Angemessene und gesicherte AHV-Renten für unsere Leute hier in der Schweiz.

Der Bundesrat setzt die Prioritäten falsch. Um international gut dazustehen, scheint ihm jedes Mittel recht zu sein – sogar die Gefährdung und Plünderung der Schweizer Altersvorsorge. Für die SVP ist klar: Der Bundesrat muss die Verhandlungen über ein Sozialversicherungsabkommen mit der Ukraine sofort abbrechen.



SP-Sozialministerin Baume-Schneider will ein Sozialversicherungsabkommen mit der Ukraine aushandeln – dagegen wehrt sich die SVP ausdrücklich.

Bild: Pixabay

### ZWISCHENSTAND SAMMELZIELE

## Unterschriftensammlung Grenzschutz-Initiative

Seit Juni 2024 läuft die Unterschriftensammlung für die Grenzschutz-Initiative. Das Kontingent, das der Zürcher SVP vorgegeben wurde, haben wir noch nicht erreicht. Es gilt weiterhin, zusätzliche Unterschriften an allen Anlässen und Standaktionen zu sammeln.

SVP. Wenn jedes Zürcher SVP-Mitglied noch eine zusätzliche Unterschrift und die Sektionen noch weitere 10–20 Unterschriften bis Ende März sammeln, werden wir unser Sammelziel erreichen. Wir danken allen, die die Initiative bereits unterzeichnet und die Bögen eingereicht haben.

### Sammelauftrag an Mandatsträger und Kandidaten

Die Parteileitung der SVP Kanton Zürich hat den Mandatsträgern und Sektionen den Auftrag erteilt, innert neun Monaten, d.h. bis Ende Januar 2025, eine vorgegebene Anzahl von Unterschriften zu sammeln:

- Nationalräte: 100 Unterschriften
- Regierungs- und Kantonsräte: 50 Unterschriften
- Sektionen: mindestens die Anzahl der jeweiligen Sektionsmitglieder

In diesem Auftrag wurde ebenfalls kommuniziert, dass das Sammelergebnis veröffentlicht wird. Nachfolgend geben wir das aktuelle Sammelergebnis bekannt.

Die Parteileitung dankt allen, die ihren Auftrag erfolgreich umgesetzt haben. Unterschriftenbögen können jederzeit unter [www.grenzschutzinitiative.ch](http://www.grenzschutzinitiative.ch) oder via Sekretariat 044 217 77 66 bestellt werden.

QR-Code scannen und den Unterschriftenbogen herunterzuladen oder auf dem Sekretariat bestellen:



Übersicht der bisher eingereichten Unterschriften	
Top 3 Nationalräte	Thomas Matter (1039 Unterschriften), Mauro Tuena (264), Barbara Steinemann (237)
Top 3 Kantonsräte	Tobias Weidmann (317 Unterschriften), Urs Wegmann (239), Marion Matter (211)
Top 3 Sektionen (Anzahl Mitglieder / Anzahl gesammelte Unterschriften)	Wetzikon (86 Mitglieder / 527 Unterschriften) Bubikon (51/270), Oberrieden (32/163)
Das vorgegebene Sammelziel (100) für Nationalräte haben ebenfalls erreicht (in alphabetischer Reihenfolge)	Nina Fehr Düsel, Martin Hübscher, Bruno Walliser
Das vorgegebene Sammelziel (50) für Regierungs-/Kantonsräte haben ebenfalls erreicht (in alphabetischer Reihenfolge)	Marc Bochsler, Markus Bopp, Anita Borer, Rochus Burtscher, Jacqueline Hofer, Tobias Infortuna, René Isler, Ursula Junker, Domenik Ledergerber, Susanna Lisibach, Paul Mayer, Tumasch Mischol, Ueli Pfister, Natalie Rickli, Daniela Rinderknecht, Romaine Roggenmoser, Peter Schick, Ernst Stocker, Marcel Suter, Paul von Euw, Daniel Wäfler, Patrick Walder

## Grenzschutz-Initiative jetzt unterschreiben!

# grenzschutzinitiative.ch

Im Kampf um die Sicherung unserer Grenzen zählt jede Stimme.

Bild: SVP Schweiz



BERICHT AUS DEM KANTONS RAT

Ein denkwürdiger Morgen

Am vergangenen Montag klafften in den Reihen des Kantonsrates grosse Lücken – offenbar zogen zahlreiche Parlamentarierinnen und Parlamentarier den Skiplausch dem Ratsbetrieb vor. Auf die Behandlung der zahlreichen Einzelinitiativen hatte dies allerdings keinen nennenswerten Einfluss.



Ueli Bamert  
Kantonsrat SVP  
Zürich

Möchte sich ein politisch interessierter Bürger im Kanton Zürich aktiv in den parlamentarischen Prozess einbringen, so kann er eine sogenannte Einzelinitiative einreichen – zu jedem beliebigen Thema. Für die erfolgreiche Überweisung reicht die Zustimmung eines Drittels des Kantonsrates, also 60 Stimmen. Gleich zehn solcher Einzelinitiativen wurden am vergangenen Montag behandelt, darunter einige mit durchaus diskussionswürdigen Anliegen. So

wurde etwa ein Stadttunnel für die vom Durchgangsverkehr gebeutelte Stadt Uster gefordert. Nur die SVP votierte für diese verkehrspolitisch sinnvolle Lösung, die restlichen Fraktionen stellten sich mit teils fadenscheinigen Argumenten dagegen.

Abgaben auch für Velos

Die zweite Initiative hatte die Einführung von Verkehrsabgaben auch für Velos zum Thema. Ein vernünftiger und längst überfälliger Vorschlag: Im Kanton Zürich wurde die Veloinfrastruktur in den letzten Jahren deutlich ausgebaut, meist zulasten des Autos. Bezahlt werden die neuen Velowege aber nicht von den Velofahrenden, sondern wie bisher von Autofahrerinnen und Autofahrern – diese bezahlen also quasi für

ihre eigene Benachteiligung. Diese ungerechte Situation ist nicht länger akzeptabel, weshalb die SVP die Forderung nach Veloabgaben unterstützt hat, allerdings mit einem Vorbehalt: Die neue Veloabgabe darf keine zusätzliche Steuer sein, sondern soll zur gerechteren Verteilung der bisherigen Finanzierung beitragen. Die Bevölkerung darf unter dem Strich nicht stärker belastet werden als bisher.

Wie weiter nach dem Tod?

Es folgte ein Vorstoss der eher absurden Sorte: Der Kanton Zürich soll prüfen, ob neben der Erdbestattung und der Kremation eine dritte Art der Bestattung zugelassen werden soll – die «Re-Erdigung». Dabei wird der Leichnam in einem geschlossenen Behälter auf ein Bett aus Pflanzen gelegt und unter kontrollierten Bedingungen über mehrere Wochen hinweg kompostiert. Es oblag dem Schreibenden, die ablehnende Haltung der SVP-Fraktion zu vertreten. Das beschriebene Prozedere widerspricht grundlegenden ethischen Prinzipien im Umgang mit Toten und verletzt die Würde der Verstorbenen. Ausserdem würde die Einführung dieser neuen Bestattungsform grosse Kosten und viel planerischen Aufwand verursachen, aber keinerlei erkennbaren Nutzen stiften.

Man sollte eigentlich meinen, ein solch absurdes Anliegen würde diskussionslos versenkt. Doch anscheinend ist kein Vorstoss unvernünftig genug, um nicht doch von der Mehrheit im Zürcher Kantonsparlament unterstützt zu werden: Am Ende sagte eine Mehrheit von 101 Kantonsräten Ja. Zum Abschluss dann doch noch ein Erfolgserlebnis: SVP-Kantonsrat Stefan Schmid forderte, dass die verbindliche Aufnahmequote für Asylsuchende in den Gemeinden bei einem Prozent gedeckelt wird. Der Vorstoss wurde mithilfe der FDP überwiesen – womit am Ende dieses denkwürdigen Morgens dann doch noch die Vernunft siegte.



Soll eine neue Form der Bestattung zugelassen werden? Die SVP sagt klar Nein.

Bild: Pixabay

WORTE DES FRAKTIONSPRÄSIDENTEN

Rettet unseren Föderalismus!

Die Schweiz steht an einem entscheidenden Punkt. Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats (APK-N) hat entschieden, das Rahmenabkommen 2.0 nicht dem obligatorischen Referendum zu unterstellen. Damit will sie das Ständemehr umgehen – ein direkter Angriff auf unsere föderale Ordnung. Diese Haltung der Nationalräte zeigt einmal mehr, dass die Kantone am liebsten nur noch als Verwaltungsorgane funktionieren sollen.

Die Kantone werden entmachtet

Die Schweiz ist stark, weil sie von unten nach oben organisiert ist. Gemeinden und Kantone wissen am besten, was vor Ort nötig ist. Der Rahmenvertrag bewirkt das Gegenteil: Er schwächt die Eigenständigkeit der Kantone massiv. Sie werden zu blossen Erfüllungshelfern, die nur noch umsetzen sollen, was in Bern oder – schlimmer noch – durch die dynamische Rechtsübernahme in Brüssel beschlossen wird. Steuerpolitik, Bildungswesen, Gesundheitswesen oder Verkehrspolitik – all diese zentralen Themen werden heute kantonal geregelt. Mit dem Rahmenabkommen 2.0 werden diese Kompetenzen schleichend übersteuert. Die Kantone verlieren ihre Stimme – und mit ihnen die Bürgerinnen und Bürger.

Unser Föderalismus ist kein Zufall, sondern gewachsen aus den unverännen eidgenössischen Orten. Eine

Schweiz, die so vielfältig ist, kann nicht durch einen Einheitsstaat zusammengehalten werden, sondern nur durch grosse Autonomie der Kantone und Gemeinden. Schon Napoleon erkannte: «Der Föderalismus ist das einzige System, das der Schweiz ihre Unabhängigkeit sichern kann.» Doch genau diese Unabhängigkeit wird mit dem Rahmenabkommen zerschlagen. Wo bleibt die Empörung? Wo sind unsere Ständeräte, die eigentlich die Kantone in Bern vertreten sollten? Wo bleiben unsere Zürcher Ständeräte Daniel Jositsch und Tiana Moser? Sie müssten sich an vorderster Front gegen diesen Angriff auf die Kantone wehren. Doch stattdessen schweigen sie.

Doch sie sind nicht die Einzigen, die sich mitschuldig machen. Enttäuschend ist auch das Verhalten der Zürcher Nationalräte Corina Gredig (GLP), Niklaus Gugger (EVP) und Hanspeter Portmann (FDP), die gemeinsam mit den Linken für den Ausschluss des Kantons Zürich stimmten. Anstatt sich für den Föderalismus einzusetzen, unterstützen sie den Angriff auf die Kantone. Mit ihrer Haltung in der APK-N haben sie bewusst in Kauf genommen, dass der Rahmenvertrag nicht dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden soll. Die Konsequenz? Eine schleichende Entmachtung der Kantone und ein wachsender Einfluss aus Bern und Brüssel.

Ständerat: Zurück zur eigentlichen Funktion

Vielleicht liegt hier das Problem: Der Ständerat verkommt immer mehr zu einer zweiten Kammer des Nationalrats, statt als eigenständige Vertretung der Kantone zu fungieren. Früher wurden Ständeräte im Kanton Zürich vom Kantonsrat gewählt. Dadurch war die Kontrolle viel direkter: Wer die Interessen des Kantons nicht vertrat, wurde abgewählt. Heute scheint die Distanz zu gross. Niemand weiss mehr genau, was die Ständeräte tatsächlich für unseren Kanton tun – ein Zustand, der uns Sorgen bereiten muss. Es braucht jetzt ein klares Signal an den Bundesrat: Der Kanton Zürich muss sich mit allen Mitteln gegen diese Entwicklung wehren. Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) und unsere Ständeräte müssen sich für den Föderalismus einsetzen – und nicht für dessen Abschaffung.

Der Föderalismus ist die Grundlage unserer Freiheit – kämpfen wir dafür!



von  
Tobias Weidmann

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

«Gute Steuerzahler im Kanton Zürich behalten»



Patrick Walder  
Kantonsrat SVP  
Dübendorf

Die Einzelinitiative «Gute Steuerzahler im Kanton Zürich behalten» wurde am Montag erfolgreich, mit Unterstützung der SVP/EDU-Fraktion, vorläufig unterstützt. Kapitalleistungen sowie Zahlungen bei Tod und für bleibende körperliche oder gesundheitliche Nachteile werden in der Schweiz separat und gemindert versteuert. Leider ist es so, dass diese Bezüge im Kanton Zürich im Vergleich zu den anderen Kantonen massiv höher besteuert werden. Dies hat zur Folge, dass sich viele Rentnerinnen und Rentner gezwungen sehen, ihren Wohnsitz vor der Auszahlung der Kapitalleistungen in einen anderen Kanton zu verlegen. Dieser nachvollziehbare Entscheid hat aus steuerlicher Sicht Nachteile für den Kanton Zürich. Es fallen nicht nur die Steuern für die Kapitalleistungen weg, sondern auch die zukünftige Vermögenssteuer.

Hier ist der Kantonsrat gezwungen zu handeln. Der Kanton darf es nicht zulassen, dass die Steuern im Kanton Zürich für Kapitalbezüge derart hoch sind, dass Bezüger gezwungen sind, die Last eines Umzugs auf sich zu nehmen.

Der Kapitalbezug ist für Rentnerinnen und Rentner eine interessante Möglichkeit, ihr durch Arbeit Ersparnis im Alter zu beziehen und damit den Lebensunterhalt im Alter sicherzustellen. Dies insbesondere für Personen, die der Finanzindustrie oder eben vielfach der verfehlten Politik der Altersvorsorge nicht trauen. Zu

Recht, hat die Politik in der Vergangenheit doch gezeigt, dass sie nicht gewillt ist, die Vorsorgegesetzgebungen effektiv zu reformieren und den heutigen Lebensumständen anzupassen.

Der Kapitalbezug im Alter ist nichts Verwerfliches. Die Kapitalbezüge werden vielfach von Personen vorgenommen, die für ihr Alter vorgesorgt haben und auch im Alter der Allgemeinheit nicht zur Last fallen wollen; Personen, deren die Selbstverantwortung und Selbstbestimmung wichtig ist.

Beim Thema Kapitalbezug ist zusätzlich nicht zu vergessen, dass es eben nicht nur Rentnerinnen oder Rentner betrifft. Es kann auch zum Zuge kommen, wenn ein Todesfall oder ein Fall von Invalidität eintritt. Solche Bezüge hoch zu besteuern, könnte, wenn man es polemisch ausdrücken möchte, sogar als asozial betrachtet werden.

Aus all diesen, nicht abschliessenden, Gründen hat die SVP/EDU-Fraktion der vorläufigen Unterstützung zugestimmt und der zuständigen Kommission den Auftrag gegeben, sich dieses Themas anzunehmen.

Leider ergab sich aus der Ratsdebatte auch Folgendes: Es ist längst bekannt, dass die Ratslinke nicht gewillt ist, die miserable Stellung des Kantons Zürich bei der Unternehmensbesteuerung zu verbessern. Bedauerlicherweise haben diese Kreise auch kein Herz für steuerlich benachteiligte Privatpersonen.

Das Votum im Kantonsrat als Video:



Viele Rentnerinnen und Rentner sehen sich gezwungen, ihren Wohnsitz vor der Auszahlung der Kapitalleistungen in einen anderen Kanton zu verlegen – die SVP setzt sich für die Zürcher Senioren ein.

Bild: Pixabay

Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite im Impressum.



Scannen Sie den QR-Code, um die aktuellen Videos der SVP Kantonsratsfraktion zu sehen.





EIN BLICK IN DIE VERGANGENHEIT

Als man Arbeiten noch einfach vergeben konnte

In der Klinik Rheinau mussten 1923 Einfriedungen in Neu-Rheinau gestrichen werden. Der Kanton hatte diese Malerarbeiten schliesslich an zwei Malermeister vergeben, weil sie just die gleiche Offerte eingereicht hatten.

RoMü. Der Beschluss des Zürcher Regierungsrats im Sommer 1923 zu einfachen Malerarbeiten ist durchaus einige Zeilen wert, weil er aus heutiger Sicht eine gewisse Kuriosität aufweist. «Die Einfriedungen um die Höfe bei den alten Pavillons der Pflegeanstalt Neu-Rheinau bedürfen dringend eines neuen Anstrichs. Hierfür ist im Budget 1923 ein Posten von Fr. 4000 enthalten», ist im entsprechenden Regierungsratsbeschluss nachzulesen. Über diese Arbeiten wurde unter den in der Gegend ansässigen Malermeistern eine Konkurrenz veranstaltet. Dabei sind fünf Offerten eingegangen. Die beiden Malermeister J. Rapold aus Rheinau und O. Bräuning aus Marthalen hatten ganz genau gerechnet und reichten je eine Offerte von 3463.20 Franken ein. Der Andelfinger Malermeister H. Stegemann überbot mit 4329 Franken bereits deutlich

den Budgetkredit. Doch der Malermeister J. Schreiber aus Rudolfsingen reichte eine noch höhere Offerte mit 5483.40 Franken ein und Hans Etter aus Trüllikon gar eine solche in Höhe von 5772 Franken.

Kein Losentscheid, aber brüderliches Teilen

Ob es den Regierungsrat erstaunt hat, dass gerade die beiden tiefsten Offerten auf den Rappen exakt gleich hoch ausgefallen sind, entzieht sich der Kenntnis. Es ist auch kaum vorstellbar, dass beide ganz zufällig auf die gleiche Summe kamen. Sicher hat es aber dazumal kaum Submissionsgesetze und -verordnungen gegeben, welche in einem solchen Fall kritische Fragen ausgelöst hätten. Aufgrund der just auf den Rappen gleichen eingereichten Offerten wäre hier wohl die Rede von einer heute verbotenen

Absprache. «Wir beantragen, die Arbeiten in zwei gleichen Losen an die beiden billigsten Bewerber zu vergeben», schrieb die Baudirektion in ihrem Antrag an den Regierungsrat. Dieser folgte dem Antrag und beschloss, dass der Anstrich der Hofeinfriedungen bei den Frauenpavillons K und L zum Betrag von 1731.60 Franken gemäss der eingereichten Offerte vom 2. Juni 1923 erfolgte. Doch auch O. Bräuning durfte sich freuen. Er erhielt den Zuschlag, den Anstrich der Hofeinfriedungen bei den Männerpavillons K und L zur just der halben Offertsumme auszuführen. Um die Grössenordnung dieses Auftrags auf die heutige Zeit zu berechnen, ergibt ein Blick auf den Bauteuerungsindex, dass diese Arbeiten heute einer Grössenordnung von knapp 29 000 Franken entsprechen würden.



Für das Streichen der Einfriedungen um die Höfe bei den alten Pavillons der Pflegeanstalt Neu-Rheinau reichten die beiden günstigsten Malermeister just die gleiche Offerte ein.

Bild: zVg

UNSERE TRADITIONEN, BRAUCHTÜMER UND FREIHEITEN WAHREN

Komplettes Feuerwerksverbot – Wo fängt es an, wo hört es auf?

Die SVP steht bekanntlich für Freiheit und Eigenverantwortung. Verbote sollen nur in dringenden Fällen ausgesprochen werden, um die individuelle Freiheit der Bürger möglichst hochzuhalten.



Daniel Schnyder  
Gemeinderat und Präsident  
SVP Uster  
Uster

Darum hat sich die SVP im Gemeinderat auch gegen die Ausdehnung und damit das komplette Feuerwerksverbot gewehrt. Denn: Bereits heute gilt an 363 Tagen im Jahr ein Feuerwerksverbot. Bisher kann am 1. August, unserem Nationalfeiertag, dieses Brauchtum noch gepflegt werden. Nun soll das Feuerwerkablassen auch noch am 1. August verboten werden.

Nichts ist mehr selbstverständlich

1291 verbündeten sich die drei Talschaften Uri, Schwyz und Unterwalden, um ihre Freiheiten zu verteidigen – dies gilt seit dem 19. Jahrhundert als Ausgangspunkt der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Dass dieser Tag gefeiert wird, sollte eine Selbstverständlichkeit sein, und dass dabei gewisse Regeln gelten, die einzuhalten sind, ist ebenso selbstverständlich.

Doch in unserer heutigen Gesellschaft werden traditionelle Bräuche und die Freiheit der Bürger immer stärker zurückgedrängt. Sei es die Fasnacht oder eben das Feuerwerk am Nationalfeiertag – immer mehr Einschränkungen gefährden unser kulturelles Erbe. Wie weit geht diese Entwicklung? Wo beginnt ein Feuerwerksverbot und wo hört es auf?

Toleranz statt Verbote

Wenn Feuerwerke auch an den wenigen zwei Tagen im Jahr nicht mehr erlaubt sind, sollen dann auch das jährlich stattfindende H2U-Festival oder andere öffentliche Veranstaltungen, deren Lärmpegel bis weit in die Nacht erhöht sind und die den Schlaf vieler Bürger oder die immer erwähnte Flora und Fauna stören, verboten werden? Soll auch noch der Cervelat am 1. August verbannt werden? Ich finde klar: Nein. Es braucht einen gesunden Pragmatismus und die stetig geforderte gegenseitige Toleranz nach dem Motto «Leben und leben lassen» anstatt immer neue Verbote, die unsere Traditionen, unser Brauchtum und unsere Freiheit immer weiter einschränken.



Nicht nur in Uster, sondern auch auf nationaler Ebene gibt es Bestrebungen, Feuerwerk zu verbieten – so zum Beispiel die Volksinitiative «Für eine Einschränkung von Feuerwerk».

Bild: Pixabay

Freitag, 21. 03. 2025

Einladung zum Politapéro

Der Vorstand der SVP Kreis 10 lädt Sie zu einem Politapéro ein.

Freuen Sie sich auf eine fesselnde interaktive Diskussion mit Nationalrat Andreas Glarner. Moderation, Gemeinderat Johann Widmer.

Das Thema Einfluss des Schweizer Asylwesens auf die Stadt Zürich und das Problem der Gewalttäter mit Migrationshintergrund in Zürich.

Gerne können Sie auch noch ein Nachtessen mit nahöstlichen Köstlichkeiten im Restaurant Damas Josephstrasse geniessen.

Programm:

- 18:00 – 18:30 Begrüssung und Apéro
- 18:30 – 19:30 Podiumsdiskussion mit NR Andreas Glarner mit Fragerunde
- 19:30 – 22:00 Nachtessen, gemütliches Beisammen

Ort:

Restaurant DAMAS Josefstrasse  
Josefstrasse 151, 8005 Zürich

SCHWEIZER QUALITÄT

SVP

Die Partei des Mittelstandes

SVP Zürich Kreis 10

Einladung zum Polit-Dinner

SVP des Bezirks Andelfingen - Wir machen Politik fürs Weinland.

Mit Kantonsrat Paul von Euw

Windkraft

«Wie ehrlich ist die Energiestrategie?»

WANN:

Mittwoch, 5. März 2025  
19.00 - 21.30 Uhr

PROGRAMM:

19:00 Uhr	Apéro
19:30 Uhr	Nachtessen auf Kosten der Teilnehmer
20:30 Uhr	Referat
21:00 Uhr	Diskussion
21:30 Uhr	Ende

WO:

Landgasthof zum Schwert  
Hauptstrasse 7  
8477 Oberstammheim

Besten Dank für Ihre Anmeldung bis Sonntag, 2. März 2025  
(bitte Menu-Wahl angeben: Fleisch oder Vegetarisch)

Anmeldung:  
[ycaspar@sunrise.ch](mailto:ycaspar@sunrise.ch) oder  
Tel: 079 521 71 34 (Fr. Caspar)

Alle sind herzlich willkommen!



WAHN, WOKE UND WERTE

# Kommt der Zeitgeist ausser Mode?

Es scheint, dass unsere Gegenwart eine Krise des Welt- und Menschenbildes erlebt. Mitten im Wohlstand gibt es Orientierungslosigkeit, innere Verarmung und die Meinungsfreiheit kommt durch staatliche Gewalt immer mehr unter Druck. Daneben feiert der Zeitgeist «fröhliche Urständ»! Doch was ist der Zeitgeist eigentlich?



«Etwas Bornierteres als den Zeitgeist gibt es nicht. Wer nur die Gegenwart kennt, muss verblöden.»

Hans Magnus Enzensberger, deutscher Schriftsteller

## Geist der Zeit(en)

Der Begriff «Zeitgeist» stammt aus dem 18. Jahrhundert, vermutlich in Anlehnung an den französischen «esprit du siècle». Daneben sind im 18. und 19. Jahrhundert die Ausdrücke «genius saeculi» und Geist der Zeit(en) gebräuchlich. Der Zeitgeist nistet sich in allen Bereichen der Kultur und der Gesellschaft ein. Er nimmt so Einfluss auf die Lebensgestaltung, Gesellschaftsorganisation und die kulturelle und geistige Produktion.

Er bezeichnet ein geistig Gemeinsames, das den verschiedenen, auch heterogenen, Strömungen, Tendenzen, Denk- und Empfindungsweisen, Idealen und Werten eines bestimmten Zeitabschnitts ein charakteristisches Gepräge gibt und diesen damit von anderen Epochen unterscheidet.

## Herders Volksgeist

Was der Zeitgeist ist, lässt sich in seiner Ganzheit erst rückschauend beschreiben; dies ist die Aufgabe der Geistesgeschichte und der Zeitgeistforschung, so der Philosoph H.-J. Schoeps. Vom späten 18. bis ins mittlere 19. Jahrhundert stehen die Begriffe «Volksgeist» und «Nationalgeist» in der Tradition der deutschen Philosophen Georg Wilhelm Friedrich Hegel und Johann Gottfried Herder in nächster Verwandtschaft zum Zeitgeist.

## Geistige Orientierungen

Zeitgeist hat die Macht, die Welt zu beleben und jede mögliche Zukunft zu erforschen. Zeitgeist birgt die tiefsten Fragen darüber, wer wir sind und wer wir sein wollen. Zeitgeist spiegelt damit unsere innersten Sehnsüchte wider. Zeitgeist ist also nach der Definition des «Lexikons der Psychologie» eine «in einer bestimmten Zeit vorherrschende Ausprägung geistiger Orientierungen, Lebensstile und gesellschaftlich geteilter Ideen und Werte». Nimmt man die Machtpolitik zum Nennwert, dann spielt sie psychologisch mit dem Zeitgeist.

## Wann segnet der Zeitgeist das Zeitliche?

Der berühmte italienische Staatsmann Niccolò Machiavelli hatte sehr klare Ansichten: «Ich glaube, dass nur der er-

folgreich ist, der seine Handlungsweise mit dem Zeitgeist in Einklang bringt, so wie der erfolglos sein wird, dessen Vorgehen nicht mit den Zeitverhältnissen übereinstimmt.» Aber gleichzeitig muss man nach dem Aphoristiker Jürgen Wilbert immer im Auge haben: «Mit der Zeit wird auch der Zeitgeist das Zeitliche segnen.»

Oder ist der Zeitgeist nur ein Phänomen der Massenpsychose? Ist er einfach unheilbar und wechselt nur von Zeit zu Zeit sein Erscheinungsbild? Was vermutet werden kann, muss man aber weiter untersuchen. Der Volkswirtschaftler Eugen Böhrer, ehemaliger Ordinarius an der ETH Zürich, beschäftigte sich 1973 bereits mit der «Psychologie des Zeitgeistes». Der stetig wachsende Herrschaftsanspruch des Zeitgeistes – heute etwa die woken «Spielereien» mit unzähligen Geschlechtern – war ihm schon damals ein Dorn im Auge. Der Zeitgeist beherrsche den Menschen unbewusst und zwangsläufig. Die Wissenschaft und die Information würden durch Projektion ihrer Vorstellungen zu seinen Dienerinnen. Das Individuum werde durch die Gegensätze des Zeitgeistes zerrieben.

## Neuigkeitsdrang und Linksdrall

Politisch wird heutzutage die öffentliche Meinung der «Herrschaft der Moral» gleichgesetzt. Jede Veränderung wird dabei dem Bestehenden ganz ohne Rücksicht auf den eigentlichen Inhalt vorgezogen. Daher haben nach Böhrer die Gesellschaft und ihre Organe, die Politiker und die Massenmedien einen «unwiderstehlichen Neuigkeitsdrang und einen Linksdrall». Und von diesen würden auch die «konservativen Kräfte» erfasst, wie die Kirchen, die Erziehung, die Wirtschaft und das Eigentum. Damit würden die inneren Ordnungskräfte zerstört.

## Zeitgeistige Verbotskultur

Die kürzlich gehaltene Rede des neuen amerikanischen Vizepräsidenten Vance an der Münchner Sicherheitskonferenz hat überraschend in diesen psychischen Mechanismus des Zeitgeistes eingegriffen. Seit Jahren führt das Europa (Europäische Union) der Herren Olaf Scholz und Emanuel Macron, zusammen auch mit dem ehemaligen amerikanischen Präsidenten Joe Biden, eine Politik gegen die Meinungsfreiheit. Sie wollen das Volk erziehen und sagen, was das Volk zu denken hat. Der europäische Digital Services Act zur Zensur des Internets ist das beste Beispiel dieser zeitgeistigen Verbotskultur.

Nicht äussere Feinde, sondern die Unterdrückung der Meinungsfreiheit an allen Bereichen bedrohen Europa, war die These von JD Vance: «Die Bedrohung, die mir in Bezug auf Europa

jedoch die grössten Sorgen bereitet, ist nicht Russland, nicht China und kein anderer externer Akteur. Was mir Sorgen bereitet, ist die Bedrohung von innen: der Rückzug Europas von einigen seiner fundamentalsten Werte – Werte, die es mit den Vereinigten Staaten von Amerika teilt. Ich war überrascht, als kürzlich ein ehemaliger EU-Kommissar im Fernsehen auftrat und sich offenbar darüber freute, dass die rumänische Regierung gerade eine ganze Wahl annulliert hatte.» Er warnte, falls die Dinge nicht nach Plan laufen, genau das Gleiche auch in Deutschland passieren könnte. «Solche leichtfertigen Äusserungen sind für amerikanische Ohren schockierend», fasste Vance zusammen.

Wenn Vance auf Europa blicke, sei ihm manchmal nicht so klar, was aus einigen der Gewinner des Kalten Krieges geworden ist. Er schaue nach Brüssel, «wo EU-Kommissare den Bürgern drohen, soziale Medien in Zeiten von Unruhen abzuschalten, sobald sie etwas entdecken, das sie als hasseerfüllte Inhalte einstufen». Oder wo die Polizei Razzien gegen Bürger durchführe, wie in Deutschland, nur weil diese etwas gegen die Mächtigen sagten, das diesen nicht passte. Vance machte deutlich, dass es keine Sicherheit geben könne, wenn man Angst vor den Stimmen, den Meinungen und dem Gewissen der eigenen Bevölkerung habe.

## Demokratie glauben und leben

Einen Tag nach dem erneuten Terroranschlag von München bezeichnete Vance die Massenmigration für die drängendste Aufgabe der Zeit. Es sei auch bedeutend, diese Aufgaben an den Wahlurnen einer Lösung zuzuführen. An die Demokratie zu glauben, bedeute, zu verstehen, dass jeder unserer Bürgerinnen und Bürger eine Weisheit besitze und eine Stimme habe. Vance weiter: «Wenn wir aufhören, ihnen zuzuhören – selbst wenn wir in manchen Bereichen erfolgreich sind – werden wir nur wenig sichern können.»

Betretene Gesichter von Europas Mächtigen waren während der Vance-Rede zu beobachten. Haben sie irgendwo bemerkt, dass ihr totalitärer Zeitgeist ein Ablaufdatum hat? Im Moment tun die meisten noch so, als ob sie die Einsicht in das Bestehen und in die Schicksalhaftigkeit des Zeitgeistes verhindern müssten. Dabei hatte Vance nur das First Amendment der amerikanischen Verfassung verteidigt. Dieses schützt unter allen Umständen die Meinungsfreiheit.

## Vor der Zeitenwende

In diesen schon fast revolutionären Zeiten sollte uns Albert Schweitzers Fazit

## «ICH TRAUE MIR DAS ZU»

# Aufräumen in der Armee

In den letzten Tagen haben mich Journalisten halb im Scherz gefragt, ob ich mir das Amt eines Bundesrats immer noch zutrauen würde. Ich antwortete nicht im Scherz, denn ich meine es völlig ernst: «Ja, das zurzeit unangenehme Departement – das Verteidigungsdepartement – würde ich bis zu den Gesamterneuerungswahlen übernehmen, um die völlig heruntergewirtschaftete Armee wieder einsatzfähig zu machen.»



Offensichtlich hatte die Mitte-Partei Mühe, eine für dieses wichtige Departement geeignete Kandidatur zu finden. Klar, der gegenwärtige Zustand des Verteidigungsdepartements (VBS) ist für Karrierepolitiker nicht attraktiv. Ob jemand will, zählt hier nicht mehr, sondern lediglich, wer es kann und wer muss.

Die Armee wurde in den letzten vierzig Jahren heruntergewirtschaftet. Man muss ganz unten beginnen. Statt von Cyber-Kriegen und Nato-Tagungen zu schwafeln, gilt es, als Erstes dafür zu sorgen, dass die Wehr-

männer wieder Dienst leisten müssen und jeder Soldat wieder seinen Kampfanzug, seine Waffen und sein Material hat, also endlich wieder voll ausgerüstet ist; und dass unsere Verbände über Waffen, Munition, Fahrzeuge und Panzer verfügen, die repariert und einsatzfähig sind. Eine verteidigungsfähige Armee ist nur schon zur Landesverteidigung wichtig – und entscheidend für die Wiederherstellung der bewaffneten, immerwährenden und umfassenden Neutralität. Diese verhindert den Krieg, aber nur, wenn sie glaubwürdig ist. Nato-Anschluss und dergleichen dagegen zieht die Schweiz in den Krieg hinein.

Bei den Rüstungsgeschäften geht es um einfache Führungs- und Managementprinzipien. Dasselbe gilt übrigens für alle Departemente. Man könnte 30 bis 40 Prozent einsparen, ohne dass die Bürger etwas merken würden.



Als Erstes ist dafür zu sorgen, dass die Wehrmänner wieder Dienst leisten müssen und jeder Soldat wieder seinen Kampfanzug, seine Waffen und sein Material hat, also endlich wieder voll ausgerüstet ist. Bild: Adobe Stock

bewusst werden: «Mit dem Geist der Zeit befinde ich mich in vollständigem Widerspruch, weil er von Missachtung des Denkens erfüllt ist.»

Wir stehen an einer modernen Zeitenwende. Der bisherige Zeitgeist ist morsch geworden. Ein neuer Zeitgeist hat jetzt das Sagen. Für wie lange?



Die Gesellschaft und ihre Organe, die Politiker und die Massenmedien haben heute einen «unwiderstehlichen Neuigkeitsdrang und einen Linksdrall» – dabei wird jede Veränderung ganz ohne Rücksicht auf den eigentlichen Inhalt dem Bestehenden vorgezogen. Bild: Pixabay



US-Vizepräsident JD Vance machte deutlich, dass es keine Sicherheit geben könne, wenn man Angst vor den Stimmen, den Meinungen und dem Gewissen der eigenen Bevölkerung habe. Bild: Pixabay



Fadegrad



von  
Marco Calzimiglia

SRG-Halbierungs-initiative

Eigentlich sollte hier ein anderer Autor seine Sichtweise auf eine aktuelle politische Angelegenheit richten. Aber auch die Redaktion des «Zürcher Bote» ist nicht immer ganz davor gefeit, dass ganz kurzfristig mal etwas nicht ganz so läuft, wie man es erwartet und vereinbart hatte.

Also schreibe ich einige Minuten vor dem zwingenden Redaktionsschluss und dem definitiven Erteilen des «Gut-zum-Druck» für diese Ausgabe einen Ersatzartikel, damit nicht eine Lücke in der dieswöchigen Zeitung klappe. Die Kommission des Ständerats hat in einer wegweisenden Entscheidung beschlossen, der SRG-Halbierungsinitiative keinen Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Diese Entscheidung ist ein klarer Schritt in Richtung einer überfälligen Reform der öffentlich-rechtlichen Medienlandschaft in der Schweiz. Diese Haltung unterstreicht voll und ganz die Notwendigkeit einer ernsthaften Auseinandersetzung mit der SRG und ihrer Finanzierung. Die SRG als staatsnahe Institution hat in den letzten Jahren zunehmend ihre Legitimation verloren. Ihre Finanzierung durch die Rundfunkgebühren belastet die Schweizer Bevölkerung mit horrenden Millionenbeträgen, ohne dass die öffentliche Kontrolle über die Medieninhalte in ausreichendem Masse gewährleistet ist. Zudem hat die SRG wiederholt bewiesen, dass sie in ihrer Programmausrichtung des Öfteren nicht neutral und objektiv bleibt, sondern tendenziöse Berichterstattung betreibt, die nicht mit den Prinzipien der unabhängigen Medien übereinstimmt. Die Halbierungsinitiative, die eine Kürzung der Gebühren auf 200 Franken und eine Reduzierung der SRG auf ein für die Erfüllung der Service-public-Aufgaben erforderliches Minimum fordert, stellt daher eine notwendige Massnahme dar, um die Mittel der Steuerzahler wieder besser und effizienter einzusetzen. Ein Gegenvorschlag der Kommission des Ständerats hätte lediglich den Status quo gefestigt und das bestehende Problem einer ineffizienten, ideologisch beeinflussten Medienlandschaft weiter verschärft. Es ist an der Zeit, dass die Schweizer Bevölkerung die Kontrolle über die Rundfunkgebühren zurückgewinnt und die SRG auf ihre ursprünglichen Aufgaben reduziert wird. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Frage der Rundfunkgebühren und der Staatsfinanzierung der Medien ist unumgänglich. Es kann nicht sein, dass die Steuerzahler weiterhin für eine Institution zahlen, deren Inhalte oftmals nicht mehr den Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechen. Der Verzicht auf einen Gegenvorschlag ist daher ein richtiger Schritt, um den Druck auf die SRG und die Medienlandschaft insgesamt zu erhöhen. Die Schweiz muss wieder eine unabhängige, vielfältige und kosten-effiziente Medienlandschaft erhalten, wo der Einfluss des Staates auf den öffentlichen Rundfunk minimiert wird.

Höhere Entschädigungen für Ratsmitglieder abgelehnt – ein Pyrrhussieg?

Eine Ablehnung höherer Entschädigungen für Ratsmitglieder ist auf das Ganze gesehen materiell ähnlich wirkungsvoll, wie wenn Zürich meint, als gutes Beispiel in der Welt grosse Opfer für den Klimaschutz bringen zu müssen: Es geht um das Image, das man polieren will.



Bernhard im Oberdorf  
Kantons- und Gemeinderat  
Zürich

Die Entschädigungsverordnung war das grosse Thema, das die SVP umtrieb. Das Parlament hatte einer Reform zugestimmt, die zu einer starken Erhöhung der Sitzungsgelder und einer Monatspauschale geführt und einen Beitrag an die Altersvorsorge inkludiert hätte.

Beispielhafte Sparanstrengung

Das Thema stand schon vor rund 20 Jahren zur Diskussion, als die Sitzungsgelder letztmals erhöht wurden. Die SVP war dagegen, aber mit wenig Euphorie. Diesmal war es anders: Es herrschte in der Fraktion fast ein Enthusiasmus vor, eine Erhöhung der Sitzungsgelder zu verhindern, weil sie höher war als die Teuerung. Da entstand die Idee, gegen den Ausbau des Referendum zu ergreifen, denn es war klar, dass die Vorlage bei den gegebenen Mehrheitsverhältnissen eine Zustimmung erhalten würde. So waren nur die SVP und im Gefolge die FDP gegen eine derart starke Erhöhung. Es stand für die SVP-Mandatsträger also die Pflicht im Raum, dass sie eifrig ihre Zeit dafür aufwenden mussten, Unterschriften zu

sammeln, auf dass sie für ihre Ratsarbeit nicht besser entschädigt werden.

Damit wollte die Partei im Rahmen einer Abstimmung ein Zeichen setzen, dass sie die Einzige sei, die spare und sorgsam mit den Steuergeldern umgehe. Allerdings mussten schliesslich die Unterschriften nicht gesammelt werden, weil sich auch die anderen Parteien überraschend dazu entschlossen, ein Parlamentsreferendum zu ergreifen. Dies haben die Befürworter damit begründet, dass sie die Stimmbürger in dieser Sache entscheiden lassen wollen; dahinter stand jedoch das Motiv, den Lead nicht der SVP zu überlassen.

Entschädigung ist kein Lohn

Es war dann in der Kampagne vielfach die Rede von «Löhnen», die nahezu verdoppelt werden sollten. Doch um Löhne handelte es sich gerade nicht, sondern um Entschädigungen. Das ist etwas, mit

«Dies ist ein Sieg, der der SVP zu verdanken ist!»

dem ein Verlust andernorts entschädigt, also kompensiert wird. Solche Verluste gibt es sehr wohl: Viele Ratsmitglieder im Angestelltenverhältnis müssen dafür im Beruf kürzertreten, indem sie nur Teilzeit arbeiten können, effektiv Lohneinbussen in Kauf nehmen müs-

sen und darüber hinaus auch die Karriereaussichten kompromittieren. Denn Absenzen oder Teilpensen werden in der heutigen Zeit, in der man sich teilweise mehr als hundertprozentig für die Firma einsetzen muss, wenn man weiterkommen will, nicht mehr gerne gesehen. Und für die Selbstständigerwerbenden dürften die Kosten für Ersatz Einstellungen höher ausfallen als die Entschädigung.

Natürlich wäre es gefährlich, wenn man von zu hohen Sitzungsgeldern abhängig wird. Auf der anderen Seite ist der Gewinn von Kandidierenden auch schwierig, wenn diese Entschädigung zu gering ist; schliesslich müssen auch noch kostspielige Wahlkämpfe aus der eigenen Tasche finanziert werden. Was passiert dann, wenn in einem Milizsystem nur noch schwerlich Berufstätige zu motivieren sind? Sind dann die Arbeitslosen jene, die in Frage kommen? Bestimmt nicht, denn wenn diese im Lebenslauf angeben, ein Mandat im Gemeinderat zu vertreten, gelten sie erst recht als unvermittelbar, angesichts der absehbaren Absenzen. So bleiben noch die Sozialhilfeempfänger. Ob diese dann die idealen Mandatsträger wären, ist eine andere Frage.

Verpuffter Erfolg

Um hier die Entschädigungsverordnung im Referendum zu versenken, hat sich die SVP im Abstimmungskampf mit



Um hier die Entschädigungsverordnung im Referendum zu versenken, hat sich die SVP im Abstimmungskampf mit Plakaten und sehr teuren Inseraten engagiert – und sie hat gewonnen.

Bild: SVP Stadt Zürich

Plakaten und sehr teuren Inseraten engagiert – und sie hat gewonnen. Hat sie damit aber ein nachhaltiges Zeichen gesetzt, um mit eigenen Verzicht den Imageschaden zu kompensieren, den Prominente andernorts mit eher eigen-nützigem Verhalten angerichtet haben? In den Medien war es dann vor allem die trittbrettfahrende FDP, welcher der Lorbeerkrans aufs Haupt gesetzt wurde. Für die SVP verpuffte der Aufwand – aber es war absehbar, dass die teuren Blätter rasch vom Winde verweht sein würden.

AUS DEM WÄDENSWILER GEMEINDERAT

Ausgliederung des Alterszentrums Frohmatt in eine gemeinnützige Aktiengesellschaft

Am 9. Februar 2025 haben die Stimmberechtigten der Stadt Wädenswil der Ausgliederung des Alterszentrums Frohmatt (AZF) in eine eigenständige Aktiengesellschaft mit gemeinnützigem Zweck mit einem Ja-Stimmen-Anteil von knapp 57% zugestimmt. Die Stimmbeteiligung betrug relativ hohe 41,86%.



Charlotte M. Baer  
Gemeinderätin und  
Fraktionspräsidentin SVP  
Wädenswil

Gemäss kantonalem Pflegegesetz sind die Gemeinden zur stationären Grund- und Pflegeversorgung ihrer Einwohner verpflichtet. Die Stadt Wädenswil gewährleistet diese über das AZF, und das schon seit über 100 Jahren. Die «Frohmatt» war bislang als Abteilung in die Stadtverwaltung integriert. Sie bietet total 172 Plätze für betreuungs- und pflegebedürftige Menschen.

Unzulänglichkeiten in Bezug auf Organisationsstruktur und Aufsicht

Ein Alters- und Pflegezentrum muss an 365 Tagen im Jahr einen 24-Stunden-Betrieb sicherstellen. Dass dies schlecht zu einer Verwaltungsabteilung im gängigen Sinne passt, dürfte einleuchten. Darum hatte die «Frohmatt» schon bis anhin verschiedentlich eine Sonder- oder eher eine Zwitterstellung, welche indessen mehr aufwändig und fehleranfällig als effizient war.

Auch Organisation und Aufsicht waren völlig ungenügend. Das hat der 2021 aufgedeckte Betrugsskandal drastisch vor Augen geführt, hatte doch der damalige Geschäftsführer über Jahrzehnte (!) Gelder einer Familienaus-

gleichskasse und der Stadt von insgesamt circa zwei Millionen Franken unbemerkt veruntreut. Den damals amtierenden Stadtratsmitgliedern einfach Liederlichkeit vorzuwerfen, greift zu kurz. Es fehlte vielmehr an der erforderlichen Aufsicht, regelmässigen Rapportierungspflichten sowie spezifischem Fachwissen. Das bestätigt auch der ausführliche Bericht von Prof. Dr. Tomas Poledna zur Administrativuntersuchung.

Konzept der gemeinnützigen AG und seine Finanzierung

Rückwirkend auf den 1. Januar 2025 wird das Wädenswiler Pflegezentrum nun zur Alterszentrum Frohmatt AG (AZF AG). Die Gesellschaft verbleibt zu 100% im Eigentum der Stadt. Die AZF AG verfolgt einen gemeinnützigen Zweck, indem sie kostendeckend wirtschaftet. Allfällige Gewinne werden in den Betrieb reinvestiert, unter Verzicht auf Dividendenzahlungen. Der Stadtrat wählt die Mitglieder des Verwaltungsrats, welcher sich aus Fachleuten – beispielsweise Gesundheit, Ärzte, Finanzen, IT, Recht – zusammensetzen soll; ein Stadtratsmitglied nimmt ebenfalls Einsitz. Der Verwaltungsrat wählt die Geschäftsführung. Eine Leistungsvereinbarung zwischen der AZF AG und der Stadt gewährleistet eine bedarfsgerechte Versorgung der betreuungs- und pflegebedürftigen Wädenswilerinnen und Wädenswiler im Sinne der Pflegegesetzgebung. Der Verwaltungsrat kann demnach nicht willkürlich schalten und walten!

Eine Sparvorlage ist die Ausgliederung freilich nicht. Zulasten des Steuerhaushalts wird die AZF AG mit einem Eigenkapital von 10,5 Millionen Franken ausgestattet; dafür erhält die Stadt 100% der Aktien. Die dringend nötigen Investitionen in die bauliche Infrastruk-



Eine Leistungsvereinbarung zwischen der AZF AG und der Stadt gewährleistet eine bedarfsgerechte Versorgung der betreuungs- und pflegebedürftigen Wädenswilerinnen und Wädenswiler im Sinne der Pflegegesetzgebung.

Bild: Pixabay

tur belaufen sich auf rund 65 Millionen Franken. Allerdings wird die Stadt diesen Betrag nicht in bar, sondern als maximalen Kreditrahmen zur Verfügung stellen, damit die AZF AG mit einem ausreichend abgesicherten Finanzpolster starten kann.

Risiken und Risikotragung

Zwar trifft es zu, dass die Stadt Wädenswil und letztlich die Steuerzahlenden auch fortan die (finanziellen) Risiken tragen. Fakt ist aber, dass das Rechtskleid der AG in über 100 Artikeln des Obligationenrechts zwingende Vorschriften über die Einrichtung eines Risikomanagements, eines internen Kontrollsystems und einer Revisionsstelle enthält. Gefragt sind jetzt verantwortungsbewusste Kräfte, welche diese umsetzen und leben!

Die stumpfen Waffen der SP

Die vorberatende Sachkommission des Gemeinderates hat unter dem Präsidium der Verfasserin die Vorlage ausgesprochen gründlich und unter Ausschöpfung aller einem Milizgremium zuzumutenden Möglichkeiten analysiert. Für die mit der Ausgliederung der «Frohmatt» notgedrungen einhergehende Schwächung des Einflusses von Gemeinderat und Stimmberechtigten hat sie bestmögliche Kompensationsmassnahmen beantragt, welche der Gesamtgemeinderat allesamt überaus deutlich gutgeheissen hat.

Am Ende sahen sich einzig die Sozialdemokraten gezwungen, die Ausgliederungsvorlage an der Urne zu bekämpfen – ohne Erfolg! Wer in aller Regel geradezu gebetsmühlenhaft die staatliche Bevormundung von Bürgerinnen und Bürgern propagiert und wem jedes Mittel recht ist, den Steuerzahlenden das Geld aus der Tasche zu ziehen, überzeugt eben auch dann nicht, wenn er beziehungsweise sie eine sinnvolle Vorlage mit Scheinargumenten als «Entdemokratisierung» und «Verteuerung» zu verteuflern versucht!



UNSEREM LAND SCHAUEN

# Womit beginnt die Heimat? – Oder warum es mehr Patriotismus braucht

Die Heimat beginnt mit den Erinnerungen unserer Kindheit, mit den Geschichten unserer Vorfahren, mit den Werten, die uns geprägt haben. Sie beginnt mit den majestätischen Alpen, mit der roten Fahne und dem weissen Kreuz, mit unserer Freiheit, die Generationen von Schweizern mit Herzblut verteidigt haben.



**Jane Bailey**  
Vorstand SVP Zürich  
Kreis 10  
Zürich

Doch heute scheint es fast ein Verbrechen zu sein, sein eigenes Land zu lieben. Wer sich für konservative Werte und den Erhalt unserer Kultur einsetzt, wird diffamiert, in die Nazi-Ecke gestellt, als «rückständig» und «nicht inklusiv» abgestempelt – als ob es neuerdings moralisch verwerflich wäre, sich für das einzusetzen, was einen ausmacht. Wer hätte gedacht, dass Stolz auf die eigene Nation im 21. Jahrhundert schon fast eine Sünde ist?

**Europa – eine Vorgeschichte voller Bündnisse, Verrat und Kriege!**  
Die EU ist ein marodes, stümperhaft zusammengestelltes Kartenhaus, das von

realitätsfernen Technokraten zusammengehalten wird. Sie versuchen, die Grand-Nationen Europas in einen Einheitsbrei zu verwandeln.

Europa war generell nie ein Ort der Einheit, sondern ein Schlachtfeld permanenter Rivalitäten. Jahrhundertlang kämpften seine Völker um Territorien, Religion und Macht – Bündnisse entstanden und zerbrachen, Feindschaften loderten wieder auf. Deutschland? Ein Flickenteppich aus Fürstentümern, bis Bismarck es mit «Blut und Eisen» zusammenschweisste. Frankreich und England? Mal Todfeinde, mal Verbündete. Italien? Eine Ansammlung von Stadtstaaten, die sich nur widerwillig zur Nation formten. Die Schweiz hielt sich währenddessen weise aus diesen Kriegen heraus, während die Grossmächte bluteten.

Nun soll uns aber weisgemacht werden, dass genau dieses Europa, das jahrhundertlang in Feindschaften versank, plötzlich seine historische Mission ge-

funden hat: die ultimative Einigkeit, eine zusammengewürfelte Kuschelecke, genannt EU. Ein Europa ohne Nationen, ohne Grenzen, ohne Unterschiede – geführt von einer fernen Bürokratie, die mit einer fast schon religiösen Inbrunst ihre Direktiven erlässt.

**Verrat unserer Freiheit und unserer Zukunft**  
Gerade jetzt, im Herzen unserer Demokratie, wird ein abartiger Plan verfolgt: Eine Kommission im Nationalrat will das Rahmenabkommen mit der EU durchdrücken – ohne das Volk zu fragen. Dies ist der reine Verrat an unserem Recht auf Selbstbestimmung und Demokratie! Wer diesem Bürokratenkonglomerat in Brüssel Gehör schenkt, verrät unsere Freiheit und unsere Zukunft! Die Schweiz hat sich nie von fremden Mächten diktieren lassen, und das sollte auch in Zukunft so bleiben.

Und das geht noch weiter: Jahr für Jahr zahlt die Schweiz Milliarden an internationale Organisationen wie die WHO, UNICEF, den IWF und die UN. Warum? Um uns von denjenigen ausnutzen zu lassen, die uns mit ihrer Agenda unterdrücken und uns politisch und finanziell binden. Diese globalen Institutionen diktieren uns, wie wir unser Land zu führen haben, fordern immer mehr, ohne etwas zurückzugeben. Es ist höchste Zeit, dass wir uns von diesen ausbeuterischen Systemen befreien und unser Land nicht länger für fremde Zwecke opfern.

**Die Schweiz gehört uns!**  
Die Schweiz braucht keine Genehmigung aus Brüssel, keine Lektionen in Demokratie und keine Vorschriften, die uns zwingen, unser Land zu einer gesichtslosen Provinz im EU-Imperium zu degradieren und dafür auch noch Hunderte von Millionen zahlen zu müssen!

Die Schweiz beginnt mit dem Rütli-schwur, mit Wilhelm Tell, mit dem Mut und der Entschlossenheit unserer Vorfahren. Sie beginnt mit unseren Traditionen, mit unserem Freiheitswillen, mit unserer unvergleichlichen demokratischen Stärke.

Die Schweiz gehört den Schweizern – und das ist gut so!



Unsere Heimat beginnt mit den majestätischen Alpen, mit der roten Fahne und dem weissen Kreuz, mit unserer Freiheit, die Generationen von Schweizern mit Herzblut verteidigt haben. Bild: Pixabay

SVP TURBENTHAL

# Eine ungezwungene Metzgete mit hochkarätiger Politprominenz

Die diesjährige Metzgete, ein Traditionsanlass organisiert durch die SVP Turbenthal, war so gut besucht wie noch nie: Mit über 110 Gästen war der Saal des Armbrustschützenhauses in Turbenthal bis auf den letzten Platz besetzt.

Dementsprechend arbeitete das Küchenpersonal auf Hochtouren, um die klassischen Fleischgerichte sowie die dazugehörigen Portionen Rösti und Sauerkraut möglichst schnell zuzubereiten, sodass das Servicepersonal bestehend aus den Kantonsräten Tobias Weidmann, Urs Wegmann und Ruth Büchi-Vögeli sowie Alt Kantonsrat Peter Uhlmann die zahlreichen Tische zufriedenstellend bedienen konnten. Das kurze Warten lohnte sich durchaus und war dank der angeregten Tischgespräche schnell überbrückt.

**Die Freiheit: Ein zentrales Gut**  
Neben den interessanten Gesprächen mit den Tischnachbarn standen die beiden prominenten Politiker Alt Bundesrat Ueli Maurer und Regierungsrat Ernst Stocker im Zentrum, die nacheinander ihr Wort an die Gäste richteten. «Das Wort «Freiheit» steht insgesamt 26 Mal in unserer Bundesverfassung, womit es ein zentrales Element unseres Staates darstellt», betonte Ueli Maurer. «Während die umliegenden Länder

von Bundeskanzlern und Präsidenten von oben herab regiert werden, bestimmt in der Schweiz das Volk», fügte er hinzu. Gemäss dem alt Bundesrat wird unsere Freiheit jedoch beschnitten; und zwar nicht nur durch die bevorstehenden EU-Verträge im Jahr 2028, sondern auch hinsichtlich der Freiheit unserer Sprache. Was darf man heute noch sagen? Eine veraltete Wortwahl oder gar das Äussern der eigenen – vielleicht in gewissen Kreisen unbeliebten – Meinung führt sogleich zu einem diffamierenden Shitstorm. Sobald die Menschen sich innerhalb einer Demokratie nicht mehr trauen, ihre eigene Meinung dem Gegenüber beziehungsweise öffentlich zu sagen, können keine konstruktiven Diskussionen entstehen, die uns als Gesellschaft weiterbringen.

Während Ueli Maurer die Kernproblematik unserer Zeit thematisierte, stellte Ernst Stocker die Unterhaltung des Saalpublikums ins Zentrum. «Lachen und heiteres Beisammensein wie bei dieser Metzgete ersetzt so manche Stunde beim Psychologen. Ein Witz in

geselliger Runde ist wichtig für das eigene Wohlbefinden und sicherlich besser, als immer nur auf das Smartphone zu starren», meinte der Zürcher

Regierungsrat mit einem Augenzwinkern.

Kurz nach den beiden Reden der Politprominenz wurde das üppige Dessertbuffet eröffnet und mit fortschreitender Stunde konnten auch die Küchenmannschaft sowie die servierenden Kan-

tonsräte vor den Aufräumarbeiten kurz durchatmen. Für die Gäste endete der Abend, wie er begannen hatte – gemütlich und ungezwungen.

Kevin Kübler,  
Redaktor SVP Bezirksvorstand Winterthur



v.l.n.r.: Kantonsrat und Fraktionspräsident Tobias Weidmann, Kantonsrat Urs Wegmann, Regierungsrat Ernst Stocker, Kantonsrätin Ruth Büchi-Vögeli, Sektionspräsidentin Eliane Curiger, Vorstandsmitglied Marcel Bischof und Alt Bundesrat Ueli Maurer. Bild: SVP Turbenthal

LESERBRIEF

## Nachlese zu Beiträgen der Ausgabe 6

«Massive Aufschläge beim Strompreis»  
von Stephan Amacker:

Allein 2024 verdoppelten sich die Strompreise, es fand mithin eine Preisexplosion trotz Konsumreduktion statt? Die Netzkosten waren mithin gleich hoch wie die Stromkosten wegen voller Abwälzung auf die Stromkunden «dank» massiver Förderung der «neuen Erneuerbaren» sowie unnützem Handel mit der europäischen Strombörse. Quo vadis EKZ?

«Viel Weihrauch um nichts»  
von Tobias Infortuna:

Mithin 50 Mio. CHF pro Jahr geben die reformierte und die katholische Kirche je eine Mio. an nicht anerkannte Religionen wie muslimische Gesellschaften.

Dass der Islam keine Religion, sondern eine totalitäre Ideologie ist, welche u.a. Christen als «Ungläubige» verdammt, im Originalkoran 178 mal den Imperativ «tötet sie!» vermerkt und sogenannte Schläfer per taqijah lügen dürfen, um das Endziel ihrer Weltherrschaft zu erreichen, sollte den beiden eingangs vermerkten christlichen Kirchen unbekannt sein? Dass Mädchen nur noch in 47 Ländern des Islam beschnitten und damit ihrer sexuellen Integrität beraubt werden, ebenso wenig? «Es gibt nur einen Islam, keinen gemässigten» oder «die Demokratie ist nur der Zug auf den wir aufspringen, um unser Ziel der Weltherrschaft zu erreichen» (beides Zitate von Erdogan).

Jean-Pierre Reinle,  
Schinznach-Bad AG

LESERBRIEF

## Umstrittene Zahlungen an Dritte

Unter Vorwegnahme des politischen Meinungsbildungsprozesses und der öffentlich-rechtlichen Anerkennung auf Basis des Kirchengesetzes hat der Kantonsrat entschieden, es sei rechters, wenn die Kirchen von den allgemeinen Steuergeldern, welche die anerkannten Religionsgemeinschaften aus der Staatskasse für ihre «gesamtgemeinschaftlich relevanten Tätigkeiten» erhalten, bis zu jährlich zwei Millionen Franken an nicht anerkannte Religionsgemeinschaften wie muslimische oder orthodoxe Glaubensgemeinschaften weitergeben.

Diese müssten, um legal in den Genuss von allgemeinen Steuergeldern zu gelangen, erst auf Basis des Kirchengesetzes anerkannt sein. Gegen diesen Widerstand (NZZ vom 15.2.2025, Zeno Geisseler). Die aus der Staatskasse treu-

händerisch anvertrauten Gelder dürfen nicht dazu dienen, durch die Hintertür muslimische oder orthodoxe Religionsgemeinschaften zu finanzieren. Wenn die Kirchen diese partout unterstützen wollen, so sicher nicht mit den zweckgebundenen Steuergeldern des Kantons! Höchst brisant ist zudem die Tatsache, dass die Kirchen mit staatlichen Steuergeldern auch kirchennahe Organisationen wie das HEKS oder die Caritas speisen. Dabei ist ja hinlänglich bekannt, dass diese «Hilfswerke» politisch nicht neutral sind und Kampagnen wie die Konzernverantwortungsinitiative finanzieren. Was für eine absurde Situation: Mit Steuergeldern wird über verschlungene Umwege politische Agitation gemacht.

Ernst Winkler,  
Schwerzenbach



**Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook**  
[www.facebook.com/svpzuerich](https://www.facebook.com/svpzuerich)



SVP DIGITAL



**Teleblocher**  
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.





**In den Sumpfen von Bern**  
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.





**Weltwoche daily**  
Täglicher News-Flash am Morgen von alt NR Roger Köppel.





**SVP des Kantons Zürich**  
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!





**Wortwächsel**  
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.



SVP-STAMM

**Bezirk Bülach/Bachenbülach**  
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss [www.svp-bachenbuelach.ch](http://www.svp-bachenbuelach.ch).

**Bezirk Bülach/Embrach**  
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüsli, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

**Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf**  
Jeden Dienstag, 16.00–21.00 Uhr, Restaurant altes Gerichtshaus, Wehntalerstrasse 47, Dielsdorf.

**Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf**  
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

**Bezirk Horgen/Adliswil**  
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

**Bezirk Horgen/Thalwil**  
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

**Bezirk Meilen/Stäfa**  
Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00–22.00 Uhr, mit Nachtessen, Ort siehe [www.svp-staefa.ch](http://www.svp-staefa.ch).

**Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon**  
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00–12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

**Bezirk Uster/Uster**  
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss [www.svp-uster.ch](http://www.svp-uster.ch).

**Stadt Winterthur**  
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur-Seen.

**Stadt Winterthur/Wülflingen**  
Jeden Samstag, 11.00–12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

**Stadt Zürich/Kreis 6**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

**Stadt Zürich/Kreis 12**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Zürich.

**Junge SVP Kanton Zürich**  
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website [www.jsvp-zh.ch](http://www.jsvp-zh.ch).

SVP-VERANSTALTUNGEN

**Bezirk Affoltern**  
Mittwoch, 19. März 2025, 20.00 Uhr, Polit-Anlass, Restaurant Löwen, Albisstrasse 2,

**Bezirk Affoltern/Bonstetten**  
Donnerstag, 24. April 2025, 19.30 Uhr, Abstimmungspodium, Gemeindesaal, Bonstetten, u.a. mit Kantonsrat Marc Bochsler.

**Bezirk Andelfingen**  
Mittwoch, 5. März 2025, 19.00 Uhr, Polit-Dinner, Landgasthof zum Schwert, Hauptstrasse 7, Oberstammheim, mit Kantonsrat Paul von Euw. Anmeldung (mit Wahl Fleisch oder Vegi) unter [ycaspar@sunrise.ch](mailto:ycaspar@sunrise.ch).

**Bezirk Dietikon/Aesch**  
Donnerstag, 6. März 2025, 20.00 Uhr, Generalversammlung, Brunnehofsäali, Aesch.

**Bezirk Dietikon/Oetwil an der Limmat**  
Freitag, 21. März 2025, 19.15 Uhr, Polit-Anlass und Abendessen, Gemeindescheune, Oetwil an der Limmat, mit den Nationalräten Alfred Heer, Mauro Tuena und Marcel Dettling, Präsident SVP Schweiz, sowie Kantonsrat Domenik Ledergerber, Präsident SVP des Kantons Zürich. Weitere Informationen und Anmeldung unter [info@svp-oetwil.ch](mailto:info@svp-oetwil.ch).

**Bezirk Hinwil/Hinwil**  
Samstag, 8. März 2025, 12.00 Uhr, SVP bi de Lüt, Hof Blaser, Ober Erlosenstrasse 8, Hinwil, u.a. mit alt Bundesrat Ueli Maurer, Regierungsrat Ernst Stocker und Kantonsrat Domenik Ledergerber, Präsident SVP des Kantons Zürich.

**Bezirk Hinwil/Rüti**  
Freitag, 28. März 2025, 19.30 Uhr, Generalversammlung, Taverne Laufenbach, Gemeindrütistrasse 1B, Rüti.

**Bezirk Meilen/Stäfa**  
Freitag, 21. März 2025, 18.30 Uhr, Polit-Anlass und Abendessen, Sunshine Hill, Bergstrasse 202, Stäfa, u.a. mit alt Bundesrat Ueli Maurer, Nationalrätin Nina Fehr Düsel und Kantonsrätin Marion Matter. Kosten: 35 Franken. Anmeldung bis 15. März 2025 unter [vorstand@svp-staefa.ch](mailto:vorstand@svp-staefa.ch).

**Stadt Zürich/Kreis 10**  
Freitag, 21. März 2025, 18.00 Uhr, Polit-Apéro, Restaurant Damas, Josefstrasse 151, Zürich, mit Nationalrat Andreas Glarner.

**Stadt Zürich/Kreis 11**  
Samstag, 1. März 2025, 09.00–12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 29. März 2025, 09.00–12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Montag, 10. März 2025, 19.00 Uhr, Podium zur Steuervorlage 17, Glockenhof, Sihlstrasse 31, Zürich, u.a. mit Regierungsrat Ernst Stocker und Kantonsrat Marcel Suter. Anschliessend Apéro. Anmeldung unter [www.steuervorlage17.events.zhk.ch](http://www.steuervorlage17.events.zhk.ch).

Dienstag, 25. März 2025, 19.30 Uhr, Delegiertenversammlung der SVP des Kantons Zürich, Kultur- und Sportzentrum Gries, Usterstrasse 35, Volketswil.

Samstag, 27. September 2025, bis Sonntag, 28. September 2025, SVP-Schiessen 2025, Vorschiesen am Freitag, 19. September 2025, Schützenhaus, Schützenhausstrasse 6, Uster. Weitere Informationen folgen.

IMPRESSUM

**Zürcher Bauer**  
Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.  
  
Jahresabonnement Print + Online: Fr. 73.– + 2,6% MWSt (Ausland auf Anfrage). Jahresabonnement Online: Fr. 65.– inkl. 2,6% MWSt. Redaktion: ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, [bauernverband@zbv.ch](mailto:bauernverband@zbv.ch), Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. Insertionspreise: [www.zbv.ch/zuercher-bauer](http://www.zbv.ch/zuercher-bauer). Abonnementdienst: Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, [abo@zuercher-bauer.ch](mailto:abo@zuercher-bauer.ch).  
  
Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.  
Erscheint jeden Freitag. Inseratenannahme: SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, [inserate@svp-zuerich.ch](mailto:inserate@svp-zuerich.ch). Inseratenschluss: Mittwoch, 12.00 Uhr. Veranstaltungsmeldungen: [veranstaltungen@svp-zuerich.ch](mailto:veranstaltungen@svp-zuerich.ch) Layout: cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. Druck: Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

**Der Zürcher Bote**  
Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.  
  
Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. Redaktion: SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, [zb@svp-zuerich.ch](mailto:zb@svp-zuerich.ch), Sean Burgess, Telefon 044 217 77 68. Insertionspreise: [www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote](http://www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote). Abonnementdienst: SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, [sekretariat@svp-zuerich.ch](mailto:sekretariat@svp-zuerich.ch).

MILIZPOLITIK: WIE GELINGT DER EINSTIEG?

Die SVP Stäfa lädt zum gemütlichen Austausch bei Bier und Burger mit hochkarätigen Politikern aus der Region.  
CHF 35.– pro Person (inkl. Apéro, Hamburger mit Beilagen und Mineral).  
Anmeldungen bis 15. März an [vorstand@svp-staefa.ch](mailto:vorstand@svp-staefa.ch)

FREITAG, 21. MÄRZ 2025  
18:30 UHR, SUNSHINE HILL STÄFA



Präsident SVP Stäfa  
Lukas Bubb




Nationalrätin  
Nina Fehr Düsel



Alt-Bundesrat  
Ueli Maurer



Kantonsrätin  
Marion Matter



Gemeinderat Küsnacht  
Adrian von Burg

Ab 18:30 UHR – APÉRO  
Ab 19:30 UHR – ESSEN + REFERATE

Sunshine Hill, Bergstrasse 202, 8712 Stäfa



Neue Normalität?

11.02.2025, Winterthur (ZH)  
Gerichtsprozess: Irfan M.\* (24) vergewaltigt und verprügelt 63-jährige Seniorin - Sie erholt sich nach der Tat nicht und verstirbt  
Quelle: Blick, 11.02.2025

13.02.2025, Rickenbach (TG)  
Gerichtsprozess: «das ist skrupellos, das ist Mord.» - Serbe feuert in einer Bar 7 Schüsse auf 2 Gäste  
Quelle: St. Galler Tagblatt 13.02.2025

14.02.2025, Basel-Stadt (BS)  
2 Algerier bretern mit gestohlenem Fahrzeug in Telefonverkaufsgeschäft und stehlen Mobiltelefone - Polizei konnte die Asyl-Migranten festnehmen  
Quelle: 20 Min, 14.02.2025

15.02.2025, Gelterkinden (BL)  
Algerischer Asyl-Migrant begeht 2 Einbrüche in Einfamilienhäuser innerhalb von 45 Minuten - Polizei konnte ihn nach einer kurzen Verfolgung festnehmen  
Quelle: polizei.news, 15.02.2025

Jetzt Grenzschutz-Initiative unterschreiben!  
[www.grenzschutzinitiative.ch](http://www.grenzschutzinitiative.ch)

